




17. Kinder- und Jugendbericht


Zuversicht braucht Vertrauen

*Die Lage der jungen Generation und die Situation der
Kinder- und Jugendhilfe*

*Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder-
und Jugendberichts*



Jungsein in einer Demokratie unter
Druck – vom Selbstverständlichen
zum Verletzlichen



Ausgangslage

- konstant ca. 90 Prozent der Deutschen stimmen der Demokratie zu und die Zustimmung zu eindeutig rechtsextremistischen Aussagen nimmt ab (Leipziger Autoritarismus-Studie)
- aber die latente Zustimmung zu derartigen Aussagen nimmt deutlich zu und dient als Mobilisierungspotenzial für Akteure mit Bezug zu Neo-NS-Ideologie, Antisemitismus sowie Ausländerfeindlichkeit
- insbesondere Ausländerfeindlichkeit und die Rückkehr zu tradierten Geschlechterrollen mit entsprechenden Abwertungstendenzen nehmen besonders zu

Demokratiefeindlichkeit

- Demokratie: nicht allein Regierungsform, sondern vor allem Lebensform (Richter 2018)
- dabei vor allem im Fokus: „die Mehrheitsregel, den Minderheitenschutz, Gewaltfreiheit, die Herrschaft der verabschiedeten Gesetze, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Kontrolle der Regierung durch eine Opposition“ (ebd.)
- Angriffe vor allem seitens gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit typischen Formen wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Ableismus

Demokratien und Krisen?

- Krisen befördern Demokratiefeindlichkeit
- aktuelle Krisen wie die Corona-Pandemie, kriegerische Auseinandersetzungen und die Klimakrise setzen Demokratie unter Druck (Mitte-Studie 2022/23)
- Faktoren dabei neben den neuen unbekanntem Herausforderungen u.a. Eingriffe in eigenes Leben, Aspekt der Einsamkeit und Nicht-Verstanden-Werden von politisch Verantwortlichen
- Krisen verstärken die mögliche Wahrnehmung, sich strukturell von Teilhabe, Mitsprache und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein oder sich zumindest ausgeschlossen zu fühlen

Demokratie und Extremismus

- Gilt als besonders antidemokratischer Faktor, da Abschaffung der Demokratie erklärtes Ziel ist
- Bedrohungslage aus verschiedenen Richtungen
- Hauptbedrohung aus rechtem Spektrum mit zunehmender Tendenz (BMI)

Rechtsextremismus und rechte Strömungen als Bedrohung der Demokratie

- Ideologische Ansatzpunkte in Folgen der Globalisierung und in sozialen, wirtschaftlichen und technischen Wandlungsprozessen der vergangenen Jahrzehnte
- Vorgehensweise geprägt von Emotionalisierung, Feindbildern, Untergangsszenarien und Verschwörungsmysmen, um Gesellschaft so zu polarisieren, dass sich Bevölkerungsgruppen unversöhnlich gegenüberstehen
- Migration und Geschlechterordnung als zentraler Faktor
- deutlich professionalisierte Kommunikationsformen

Junge Menschen und Demokratie

- Konsequenz: enger Zusammenhang zwischen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und insbesondere Verschwörungsmentalitäten mit antidemokratischen Ansichten → Demokratieförderung muss daher in besonderer Weise mit Extremismus- und Radikalisierungsprävention verbunden sein
- gleichzeitig auch unter jungen Menschen hohe Zustimmung zu Demokratie (Döbele u.a.)
- große Skepsis gegenüber VertreterInnen von Parteien, obwohl Parteidemokratie stark befürwortet wird

Empirische Zugänge

- It. Shell Jugendstudie 24 Prozent der befragten Jugendlichen bei den „Populismus-Geneigten“ und neun Prozent bei „National-Populisten“ (Schneekloth/Albert)
- gemäß der DJI-Jugendstudie AID:A 23 Prozent der Befragten für „eine starke Hand [die] mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen [müsste]“ (Gille/Milbradt)
- JuPe-Studie: gewaltaffine junge Menschen neigen am ehesten zu extremistischen Einstellungen (Lehmann u.a.)

Demokratieförderung

- wiederholtes Thema der Jugendberichte
- Beteiligung und Teilhabe von Kindern und jungen Menschen für Demokratiebildung und -förderung unverzichtbar
- Vor allem im Bereich der Jugendarbeit angesiedelt
- Problematik der fehlenden Regelförderung, idR nicht vollfinanzierte Projektförderungen

Demokratie-Bildung und Demokratiefeindlichkeit

- Beutelsbacher Konsens von 1976 ist für demokratische Jugendbildung noch immer ein Kompass
- Kontroversitätsgebot ist nicht als Neutralitätsgebot zu missdeuten
- Jugendhilfe kann aufgrund ihres Auftrags nicht politisch neutral sein
- Demokratie benötigt Meinungsvielfalt und Diskursräume
- Braucht klare Haltung im Umgang mit jungen Menschen